

Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 6.— Mk., vierteljährlich 18.— Mk.
Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720

Organ für die werktätige Bevölkerung
..... der Freien Stadt Danzig
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Einzelpreis: Die 8-spaltige Zeile 1,20 Mk. von auswärts 1,40 Mk. Arbeitsmarkt u. Wohnungsangelegenheiten nach Tarif, die 3-spaltige Anzeigenzeile 6.— Mk. von auswärts 7,20 Mk. Bei Wiederholung Rabatt. Manuskripte bis früh 9 Uhr. — Postfachkonto Danzig 2045. Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 720.

Nr. 254

Montag, den 31. Oktober 1921

12. Jahrgang

Ablehnung des deutschen Protestes.

Berlin, 30. Okt. (W.T.B.) Der deutsche Botschafter in Paris hat auf die Note der deutschen Regierung vom 27. Oktober folgende Antwortnote erhalten:

Eure Exzellenz haben durch Ihre Note vom 27. Oktober mitgeteilt, daß die deutsche Regierung gemäß der von den alliierten Mächten am 20. Oktober getroffenen Entscheidung über die Festlegung der Grenze zwischen Deutschland und Polen in Oberschlesien die in dieser Entscheidung vorgesehenen Delegierten, deren Namen ohne Verzug mitgeteilt werden müssen, bezeichnen wird. Ich habe die Ehre, Ihnen zur Kenntnis zu bringen, daß die alliierten Mächte von dieser Mitteilung Kenntnis genommen haben, aber sie können nicht zugeben, daß die von ihnen auf Grund des Artikels 88 des Vertrages von Versailles getroffene Entscheidung irgendwie eine Verletzung dieses Vertrages darstellt. Infolgedessen betrachten sie den Protest der deutschen Regierung als unbegründet, null und nichtig. Sie wollen von der Mitteilung, die Ihnen von Eurer Exzellenz gemacht worden ist, nur die bedingungslose und vorbehaltlose Erklärung der deutschen Regierung zurückbehalten (retener), daß sie allen Anordnungen der Entscheidung vom 20. Oktober mit den sich daraus ergebenden Folgen sich fügen wird, wie sie der Friedensvertrag Deutschland auferlegt.

In Paris verlautet aus Regierungskreisen, daß der Botschafter die Frist zur Durchführung aller in der ober-schlesischen Entscheidung enthaltenen Bestimmungen bis zum 31. Dezember d. Js. festsetzen wird, und zwar unter Aufrechterhaltung der interalliierten Besetzung bis zu diesem Zeitpunkt.

Die badischen Landtagswahlen.

Karlsruhe, 30. Okt. (W.T.B.) Nach dem vorläufigen Ergebnis sind bei den gestrigen Landtagswahlen in Baden gewählt worden: Deutschnationale 7 Abgeordnete, Deutsche Volkspartei 5, Landbund 7, Wirtschaftliche Vereinigung 1, Zentrum 34, Demokraten 7, Sozialdemokraten 20, U.S.P.D. 2, Kommunisten 3, zusammen 86. Die alte Koalition, bestehend aus Mehrheitssozialisten, Zentrum und Demokraten, zählt demnach 61 Abgeordnete. Die Wahlbeteiligung war ziemlich rege. In der Stadt Karlsruhe haben von 70 500 Wahlberechtigten 58 765 abgestimmt.

Gute Erfolge der Sozialdemokratie.

Das vorläufige Ergebnis zur badischen Landtagswahl in Mannheim-Stadt lautet: Deutschnationale 7165, Deutsche Volkspartei 11 616, Zentrum 14 432, Wirtschaftliche Vereinigung 2415, Demokraten 7247, Sozialdemokraten 36 383, Unabhängige 5488, Kommunisten 780. Im 3. Wahlkreis Freiburg-Enningen: Deutschnationale 7440, Deutsche Volkspartei 6283, Wirtschaftliche Vereinigung 2809, Landbund 14 409, Zentrum 52 715, Demokraten 6700, Sozialdemokraten 18 474, Unabhängige 1674, Kommunisten 2223.

Auf dem Wege zur Völkerverständigung.

Paris, 30. Okt. (W.T.B.) Während der heutigen Sitzung des Sozialistenkongresses erschien als Vertreter der deutschen unabhängigen Sozialisten der Reichstagsabgeordnete Ledebour. Er wurde vom Präsidenten des Kongresses lebhaft begrüßt, und der Beifall der Versammlung bei seinem Erscheinen wurde vom Präsidenten als Zeichen der Entspannung der Geister bezeichnet, um zu einer allgemeinen Verbrüderung der Völker zu gelangen. In der Nachmittags-sitzung erklärte Ledebour, es sei von Wichtigkeit, daß alle ausländischen sozialistischen Parteien, insbesondere die französische, energisch gegen den Militarismus und Imperialismus ihrer Regierungen vorgehen, damit sie den deutschen Sozialisten ihre Aufgabe im Kampf gegen den Chauvinismus, das Militarismus und den Militarismus erleichterten.

Kein amerikanischer Eisenbahnerstreik.

Die deutschen Telegraphenbureaus haben in den letzten Tagen eine Unmenge von sich widersprechenden Nachrichten über den amerikanischen Eisenbahnerstreik gebracht. Einmal war der Streik abgeklagt, einmal war er ausgebrochen, ein andermal sollte er ausbrechen. Solche und andere Meldungen schwirrten durch die Welt. Jetzt melden verschiedene Telegraphenbureaus, darunter auch Reuters, übereinstimmend, daß Nachrichten aus Chicago vorliegen, nach denen der Streik der Eisenbahner in letzter Stunde durch das Zustandekommen einer Einigung verhindert wurde. Das gemeinsame Komitee der amerikanischen Eisenbahnen soll sich damit einverstanden erklärt haben, daß eine Lohnreduktion solange

nicht stattfindet, solange die Probleme der Lebensmittelversorgung noch nicht geregelt sind. Auf Grund dieser Einigung haben die Eisenbahngewerkschaften ihre Sekretäre telegraphisch benachrichtigt, die Streikforder für den 30. Oktober zurückzuziehen.

Die Gefahr für Ostpreußen.

In der „Berliner Börsen-Zeitung“ deckt Rud. Kade neue polnische Pläne auf, die darauf hinauslaufen, auch Ostpreußen vom Deutschen Reich abzutrennen. Die polnische Zeitung „Przegląd“ erörterte folgenden Vorschlag: Falls Litauen nicht nur Memel, sondern auch einen Teil Ostpreußens mit Königsberg erhält, kann die Lösung der Wilnafrage zugunsten Litauens erfolgen.

Polen wünscht eine Balkanisierung des Ostens, um selbst ungezügelter imperialistischer Ziele verfolgen zu können, es zieht das Danziger Gebiet immer fester an sich, und die Memeler Frage wird sicher auch nach den polnischen Wünschen gelöst werden. Polen verfügt über ein ausgezeichnetes Spionage- und Agitatorennetz, und polnisches Geld läuft überall im Osten, Zeitungen in deutscher Sprache werden gegründet und wirtschaftliche Unternehmungen werden aufgeführt.

In Polen ist man sich vollständig darüber klar, daß man sich die großlitauischen Ziele für die polnischen Sonderbestrebungen dienstbar machen kann. Zulezt müsse Litauen doch eine Allianzverbindung mit Polen eingehen.

Deutschland müsse nun der Gefährdung Ostpreußens rechtzeitig entgegenreten. Einflußreiche polnische Kreise erwägen ernsthaft Eroberungspläne gegenüber der ostpreussischen Insel. In der polnischen Presse wurde ganz offen davon gesprochen: „Nach Oberschlesien — Ostpreußen“. Ostpreußen brauche deshalb alle Unterstützungen, um sich in seiner Vorpfeilerstellung halten zu können.

Die ungarische Gefahr.

Paris, 30. Okt. (W.T.B.) „Petit Parisien“ teilt mit, die Botschafterkonferenz sei entschlossen, die Herabsetzung der ungarischen Heeresstärke zu überwachen, sie habe es jedoch abgelehnt, die Mobilisationskosten der kleinen Entente Ungarn aufzuerlegen.

Calbach, 29. Okt. (W.T.B.) Wie die Blätter aus Belgrad melden, hat der Ministerrat gestern beschlossen, zwei Jahrgänge des 2. und 3. Armeekorps zu einer sechs-wöchigen Waffenübung einzuberufen.

Prag, 29. Dez. (W.T.B.) Das über einige Teile der Tschekoslowakei verhängte Standrecht ist auf die ganze Tschekoslowakei ausgedehnt worden. Raub, Brandstiftung und Verbrechen gegen die Sicherheit des Staates sind mit der Todesstrafe bedroht. Das Militär hat Befehl, jede Störung der öffentlichen Ordnung rücksichtslos zu unterdrücken.

Prag, 30. Okt. (W.T.B.) Die diplomatischen Vertreter der kleinen Entente haben am Sonnabend den Regierungen in Paris, London und Rom eine Note überreicht, die die Standpunkte und die Forderungen der tschechischen, der jugoslawischen und der rumänischen Regierung in der ungarischen Frage darlegt. In Paris wurde daraufhin sofort eine Botschafterkonferenz einberufen, um diese Note zu behandeln.

Wohin mit Karl?

Paris, 29. Okt. Die Botschafterkonferenz hat das Protokoll von Venedig gebilligt und seinen Wortlaut der kleinen Entente übermittelt. Sie hat Maßnahmen ins Auge gefaßt, um den Erzherzog Karl schnellstens aus Ungarn zu entfernen.

Die schweizerische Presse beschäftigt sich mit einer aus Paris kommenden Depesche, wonach von der Entente beim schweizerischen Bundesrat diplomatische Vorstellungen wegen der Rückkehr des Erzherzogs Karl nach Ungarn gemacht wurden. Führende Zeitungen der romanischen und der deutschen Schweiz weisen jeden Versuch einer Annäherung des Auslandes in rein schweizerische Angelegenheiten, wie die Handhabung des verfassungsmäßig gewährten Asylrechts, zurück. Die Schweiz habe von niemandem Aufträge in bezug auf Karl erhalten und sei daher auch niemandem Rechenschaft schuldig.

Deutschlands neue Steuern.

Berlin, 29. Okt. In der heutigen Sitzung des vorläufigen Reichswirtschaftsrats erklärte der Staatssekretär des Reichsfinanzministeriums, daß die Reichsregierung an den Steuer-vorlagen, wie sie dem Reichstage am 25. Oktober vorgelegt worden seien, festhalte. Bezüglich der Kohlensteuer räumte zurückgestellt werden, weil mit Rücksicht auf den Beschluß des Reichshofrats eine Nachprüfung dieses Entwurfes sich als notwendig erwiesen habe. Der Bericht des Reparations-

ausschusses über das Vermögenssteuer- und Vermögens-zuwachssteuergesetz wird sodann einstimmig angenommen. Der Bericht über die Steuer vom Vermögenszuwachs aus der Nachkriegszeit wird mit 68 gegen 65 Stimmen abgelehnt. Zustimmung fanden die Erhöhungen der Verbrauchsteuern, Zündwaren-, Mineralwasser- und Biersteuer, sowie die verschärften von der Regierung vorgeschlagenen Zollerhöhungen, wobei der Rassezoll allerdings nicht auf 200 Mk., sondern auf 160 Mk. festgesetzt wird. Die Tabaksteuer wird dagegen abgelehnt und nur Erhöhungen einzelner Sätze vorbehalten. Das Haus stimmt schließlich noch der Kraftfahrzeugsteuer und der Vermögenssteuer zu, letzterer mit der Maßgabe, daß die Sätze wesentlich erniedrigt werden. Die Feuer-versicherung soll einheitlich mit 20 Pfg. für 1000 Mk., die Transportversicherung mit 3 Prozent und Lebensversicherungen über 30 000 Mk. mit 4 Prozent versteuert werden. Angenommen wurde noch ein Antrag, wonach die steuerfreie Jahresrente auf 3000 Mk. heraufgesetzt wird und diejenigen Lebensversicherungen steuerfrei bleiben, die von der Angestelltenversicherungspflicht befreit sind.

Das genasführte Reichsgericht.

W.T.B. verbreitet zur Entschuldigung der Blamage der Justiz in der Angelegenheit der Rapp-Verbrecher folgende Meldung: Im Anschluß an die Bekanntgabe des Reichsgerichtsbeschlusses vom 17. d. M., durch den vier im Rapp-Prozess Beschuldigten, nämlich Oberst Bauer, Korvettenkapitän Ehrhardt, Major Pabst und dem Schriftsteller Schnitzler, freies Geleit bewilligt worden war, ist in der Presse die Behauptung verbreitet worden, die genannten Beschuldigten hätten zwar vor über einem halben Jahr ihre Bereitwilligkeit erklärt, sich unter gewissen Garantien dem Reichsgericht zu stellen, dieses Angebot sei aber nicht erneuert; so daß die Entscheidung des Reichsgerichts auf das alte feierlich unbeachtet gebliebene Erbleben der Beschuldigten zurückgreife. Diese Darstellung ist unrichtig. Vielmehr hat der Verteidiger der Beschuldigten am 14. Oktober d. Js. den Antrag auf Verschonung der Beschuldigten mit der Untersuchungshaft gestellt. Lediglich über diesen Antrag hat das Reichsgericht am 17. Oktober d. Js. entschieden. Da die Beschuldigten der in diesem Prozeß ihnen auferlegten Verpflichtung, sich ungefährdet dem Untersuchungsrichter in Leipzig zu stellen, nicht nachgekommen sind, hat das Reichsgericht durch Beschluß vom 24. Oktober d. Js. die Bewilligung des sicheren Geleits zurückgenommen.

Dort hat das Reichsgericht jedoch noch schnell den angeordneten Termin gegen die inhaftierten Rappistenführer aufgehoben. Auf etwas anderes als auf eine Verzögerung der Verhandlung zielte das Ansuchen der sich versteckt haltenden Rappverbrecher auch nicht ab. Das Reichsgericht hat nur die Entschuldigung für sich, auf diesen Trick hineingefallen zu sein, was vielleicht aber nur zu gern geschehen ist.

Polen und die Antibolschewisten.

Warschau, 29. Okt. Nachdem die russischen Antibolschewisten der Slawintow-Gruppe, zu deren Ausweisung aus Polen Dombek sich verpflichtet hatte, ursprünglich bis zum 26. Oktober freiwillig nach Danzig zu gehen bereit waren, weigerten sie sich plötzlich, dem Ausweisungsbefehl überhaupt nachzukommen. Im letzten Augenblick traf Slawintow, der nach Paris und Prag gereist war und dem die Genehmigung zur Rückkehr nach Warschau von der polnischen Regierung verweigert wurde, im Flugzeug in Warschau ein. Er brachte die Genehmigung der tschechischen Regierung für die Ueberflügelung seiner Gruppe nach Prag mit. Man fürchtet hier die Verfeindung mit der Slawintow-Gruppe, der einzigen polenphilen unter den russischen Emigranten. Wladimir Dombek, dem seine Nachgiebigkeit Rußland gegenüber zur Last gelegt wird, ist vor die Sejmkommission für Auswärtiges geladen.

Dampferzusammenstoß auf dem Wannsee. Am Sonntag stießen ein Motorboot und ein Dampfer, beide der Stern-gesellschaft gehörig, auf der Mitte des Wannsees zusammen. Das Motorboot, das ungefähr 90 Personen fassen soll, wurde von dem Dampfer in der Mitte gerammt und sank. Der Stern-dampfer war leer, da er erst kurz zuvor Personen für einen Potsdamer Jagdklub befördert hatte. Wieviel Personen sich auf dem Motorboot befanden, ist noch nicht festgestellt. Bisher sind 16 oder 17 Personen als gerettet gemeldet. Nach den vorliegenden Meldungen ertranken zehn Personen.

Ein Passagierdampfer kentert. Der zwischen Antwerpen und der Themse verkehrende Passagierdampfer kenterte beim Verlassen der Landungsstelle bei Burgh an der Schelde. 10 Passagiere sind gerettet. Man befürchtet, daß über 20 ertranken.

Der Kampf um die Futterplätze.

Der amerikanische Kapitalismus und China.

Die bevorstehende Washingtoner Abrüstungskonferenz soll über die Einschränkungen der Rüstungen zu Land und zur See beraten. Der französische Ministerpräsident Briand läßt in seiner Programmnote militäristische Töne erklingen. Er spricht von einer möglichen Wiedergeburt Frankreichs, obwohl es gegenwärtig die größte Militärmacht Europas darstellt; mit einem Wort: Frankreich wird nicht abrüsten. Der amerikanische Arbeiterführer Compers — der übrigens für die Teilnahme der amerikanischen und japanischen Arbeitervertreter an der Konferenz erfolglos eingetreten ist — erklärt bereits, er würde nicht die Beschränkung der Rüstungen in seinem Lande wünschen, falls nicht andere Länder gleichfalls sich dazu entschließen.

Die Möglichkeit einer Abrüstung zur See hängt in erster Linie von der Lösung der Probleme am Stillen Ozean ab. Die chinesische Frage steht im Vordergrund. Das Verhältnis dreier Länder: Amerika, Großbritannien und Japan muß geregelt werden, ein sehr verwickeltes politisches Problem. Auch Waffengegenstände spielen bei der Lösung dieser Fragen mit. Trotzdem sind die Schwierigkeiten in erster Linie wirtschaftlicher Natur, wie es aus dem Wesen des Kapitalismus folgt. Wir lassen hier die zahlreichen Ausführungen der englischen Zeitschrift „The Nation“ folgen, insofern sie sich auf das Verhältnis des amerikanischen Kapitalismus beziehen.

Das Verhalten der Vereinigten Staaten wird von wirtschaftlichen Beweggründen bestimmt. Amerika war bis vor dem Kriege Schuldenstaat. Das amerikanische Kapital war hauptsächlich im Ausland angelegt. Während des Krieges konnte es seine Auslandsschulden begleichen und gleichzeitig wurde es nun Gläubigerstaat. Es hat jetzt überflüssige Kapitalien, die es nach den Möglichkeiten des Kapitalismus ins Ausland abzugeben möchte. Das Kapital konnte allerdings auch im eigenen Lande nützlich angelegt werden, doch würde dann infolge der Sättigung des Geldmarktes der Zinssatz fallen müssen. Wohin soll es aber auswandern? Das System der „Mandate“, das der Friedensvertrag eingeführt hat, bedeutet in verkappter Form, daß diese Gebiete gewissen Siegerländern endgültig zugeteilt wurden. Die Türkei ist in „Einflußsphären“ aufgeteilt worden. Rußland ist unversinklicherweise dem Weltverkehr ausgeteilt. In Mittel- und Osteuropa will der amerikanische Kapitalbesitzer sein Geld infolge der verworrenen politischen und wirtschaftlichen Zustände in diesen Ländern nicht anlegen. Als einziges Land winkt ihm China. Die Finanzmagnaten, welche in der amerikanischen Politik ausschlaggebend sind, beschließen, ihr Betätigungsfeld in China zu suchen. Der amerikanische Kongreß hat schon ein Gesetz angenommen, wonach das in China angelegte Aktienkapital von amerikanischen Gesellschaften steuerfrei wird. Das Gesetz soll die Kapitalauswanderung nach China fördern. Diese wirtschaftlichen Tatsachen sind entscheidend. Amerika wurde zu einer Macht, die Kapitalien ausführt; es ist die Frage, ob dieser Zustand die gewöhnlichen Folgeerscheinungen des wirtschaftlichen Imperialismus: Rüstungen, Militarismus, kriegerische Verwicklungen nach sich ziehen wird.

Wenn aber das amerikanische Kapital in China eindringt, ist es unmöglich, daß es zwischen Amerika und Japan nicht zu einem schweren Konflikt kommt, falls Japan sein gegenwärtiges Programm China gegenüber beibehält. Dies läuft auf Annexionen, Besetzungen und anderer Art hinaus, deren Erfüllung letzten Endes das ganze China zu einem Vasallenstaate Japans machen würde. Es ist dies eine Situation, welche nach allen Zeichen, die wir aus der kurzen aber ereignisreichen Geschichte des wirtschaftlichen Imperialismus gezogen haben, sicher zum Kriege führen muß. Die Amerikaner, dies glauben wir, wollen den Imperialismus nicht. Sie würden schon auf politische Ambitionen in China verzichten. Wir glauben ihnen, daß sie nichts anderes wollen, als gute Geschäfte mit ihm machen und seine Bildungsmöglichkeiten fördern. Wenn das Geschäft nur darin bestünde, Textilwaren, Ölprodukte und Schreibmaschinen nach China auszuführen, so wäre die Gefahr nicht groß. Es bedeutet aber auch anderes: den Bau von Eisenbahnen, die Ausschlebung von Bergwerken und das Eindringen von großen Bank- und Finanzanstalten. Wir wissen schon, wozu in dies gewöhnlich zu führen pflegt. Soll es in China anders werden, so müssen wir die Gefahr klar ins Auge fassen.

Warum der Putz nicht klappte.

Aus Budapest werden interessante Einzelheiten über den Verlauf des Karlistenkrieges gemeldet. Danach traf der König am Donnerstag in Venedig ein, etwa 5 Kilometer vom Schloß des Grafen Esztrach, ein. Erst am nächsten Tage reiste er nach Eisenburg weiter. Hier wurden abermals 24 Stunden vergeudet. Der König gab ein Bankett, und es wurde in einem Champagnergelage schon vorher der kampflose Einzug in Budapest gefeiert. Unterdessen traf die Regierung in Budapest ihre Vorbereitungen. Eingeweihte meinen, daß es für Karl ein Leichtes gewesen wäre, die ungarische Hauptstadt zu überrumpeln, wenn er 24 Stunden früher aufgebrochen wäre und es sich nicht allzu bequem gemacht hätte. Der Bischof von Steinamanger, Graf Miksa, verkündete am Sonntag der Menge in der Kirche, der „König“ sei um 2 Uhr im Triumph in Budapest eingezogen; so sicher waren alle Anhänger Karls, daß das Abenteuer gelungen sei. Noch am Sonntagabend herrschte im Regierungslager allgemeine Verwirrung. Der Adelsminister Szabo von Rappatad kam in den Ministerrat und sagte den Journalisten: „Unsere Sache ist verloren.“ Als Gegner des Königs hatte er solche Furcht, daß er es nicht wagte, die Nacht in seiner Wohnung zu verbringen, sondern auf einem französischen Kanonenboot, das in der Donau ankerte, Zuflucht suchte. Sonntag mittag waren die Ausschüß des Königs noch immer günstig. Das Ministerium Malowitsch fühlte sich so stark, daß es die Bedingungen der Donau-Regierung überhaupt nicht beantwortete. Karl hat angeblich die Lage für seine Truppen noch dadurch verschlechtert, indem er das Schicksal einzustellen ließ. Er war selbst wiederholt in Lebensgefahr, denn der Eisenbahzug, in dem er reiste, erhielt einen Treffer. Die Gefährdung in dem Kampf führte eine freiwillige Abstellung von Budapestern dochschüler herbei. Karl wollte noch immer nicht nachgeben, sondern ließ nach Besatzungen zurückziehen. Die Garnison von Raab war von ihm abgezogen und bedrohte seine Rückzugslinie. Die Umzingelung der karlistischen Truppe war mittlerweile vollendet. Karl und Jitsa wurden im Eisenbahzug in der Nähe von Tokos gefangen genommen.

Ein Opfer bolschewistischer Terrors.

Am 1. März starb eines qualvollen Todes Dr. Armen Tschichinadse, ein hervorragendes Mitglied der Sozialdemokratischen Partei Georgiens. Der Verstorbene stand im aktiven Dienst der Partei seit 1890. 1900 wurde er aus Transkaukasien ausgewiesen. Das folgende Jahr 1905 ermöglichte seine Rückkehr nach Georgien. Nach vier Jahren rastloser Tätigkeit mußte er wieder ins Exil wandern, das er erst 1911 verließ, um in die Verbannung zu gehen.

Bei Ausbruch der Revolution 1917 war Tschichinadse im Arbeiterbegehrtenrat Moskau einer der beständigsten Männer. Bei Proklamierung der Unabhängigkeit der Georgischen Republik wurde er in die Regierung gewählt und bekleidete das Ministerium des Inneren. Später wurde er zum Reichsminister ernannt. Auf diesem Posten verblieb der verstorbene Genosse bis zum Ueberfall Sowjetrusslands auf Georgien und der Besetzung des Landes durch die russisch-bolschewistischen Truppen.

Er wirkte zwar seiner Natur nach dem bolschewistischen Regime harter, wollte aber die Heimat nicht verlassen. Zusammen mit hundert anderen Genossen, die ihr ganzes Leben in den Dienst des Sozialismus gestellt, wurde er von den Moskauer Insurgenten gefangen, in das Gefängnis, das ihm noch von den Zeiten des Zarismus so gut bekannt war. Aber jetzt war das ganze Land ein Gefängnis, und das Gefängnis eine wahre Hölle. Jeden Tag wurden neue Opfer eingeliefert und jede Nacht gab es „Arbeit“ für die Hefen. Jede Nacht wurden im heutigen Zirkel 30 Menschen erschossen.

Schwer krank lag er in seiner Arrestzelle; an die eigene Befreiung hat er nicht mehr geglaubt, aber unerschütterlich war sein Glaube an die Freiheit seines Volkes.

Das Leben dieses edlen, alten Kämpfers, das in unglücklichen Stunden auf dem Kalemanten vor Zirkel erlosch, liegt auf dem Gewissen der Moskauer Diktatoren, die durch ihre in Georgien tätigen Agenten die gesamte Mitgliedschaft der georgischen Sozialdemokratischen Partei physisch ausrotten lassen. Die Moskauer Machthaber werden darüber — früher oder später — dem europäischen Proletariat Rechenschaft abzulegen haben.

Große Geschäfte — Schandlöhne.

Der Schriftsteller Hermann Angell hat in einem Buch, welches ein Meisterwerk ist und nur leider zu wenig Beachtung gefunden hat, schon im Jahre 1908 geschrieben:

„Nach dem Kriege von morgen, welcher in Europa nicht ausbleiben kann, wird der militärische Besiegte der wirtschaftliche Sieger sein.“

Deute hat die ganze Welt die Wahrheit dieser These erkannt. Der große französische Industrielle Andre Michelin sagte kürzlich in einer Rede folgendes:

„Seit einigen Monaten habe ich niemals verfehlt, mit den Herren, welche Deutschland besucht haben, Rücksprache zu nehmen. Deren Mitteilungen, die von freien, Kollegen und Angestellten kommen, stimmen darin überein, daß die Industrie und der Handel Deutschlands augenblicklich in einem ausgezeichneten Zustand sind. Die Leipziger Messe und die Ausstellung in Frankfurt waren überfüllt. Bei der Automobilausstellung in Berlin haben meine Angestellten 15 Hotels aufgesucht, bevor sie ein Zimmer im 5. Stock gefunden haben. Es gibt wenig Arbeitslosigkeit. Wenn Sie die Mächte durch das Gebiet Düsseldorf-Gießen fahren, befinden Sie sich inmitten tagelanger erleuchteter Hochöfenwerke und Hüttenwerke. Es ist unbestreitbar, daß die deutschen Industriellen und Kaufleute große Geschäfte, besonders Exportgeschäfte, machen. Es ist sicher, daß das Geld, welches sie für ihre Waren in Empfang nehmen, im Ausland bleibt, da sie kein Vertrauen in die Finanzen ihres Landes haben. Sie behalten es draußen, engagieren sich an kaufmännischen Geschäften, welche sie in der Schweiz, in Dänemark, Holland usw. gründen, um und ihre Produkte unter ausländischer Flagge wieder zu verkaufen, oder um eine Reserve zu haben für den Einkauf der Rohprodukte, welche sie nur im Ausland beziehen können. Was ist der Grund dieser außerordentlichen Tätigkeit und dieser Kapitalflucht aus Deutschland? Es ist der Rückgang der Mark. In Frankreich war eine Mark vor dem Kriege 1,28 1/2 Frank, augenblicklich ist sie 11 Centimes wert. Das ist einmal so wenig. Aber während der Kaufkraft der Mark im Ausland immer geringer wird, weniger geringer wird sie jedenfalls in Deutschland. Gutbezahlte Facharbeiter in den bestbezahltesten Handarbeiterberufen erhalten in Deutschland an einigen Stellen der Eisenbranche 7 bis 8 Mark die Stunde. Das ist zum Kurs am 4. Oktober 80 bis 90 Centimes die Stunde. In Frankreich verdient dieselbe Klasse Arbeiter 2,50 bis 3 Frank die Stunde, also dreimal so viel. Ein besonders guter Monteur verdient 9 bis 10 Mark die Stunde in Deutschland gegen 3 bis 4 Frank in Frankreich. Man sagt, daß die Arbeiter der Firma Krupp, welche mit einem Streik drohen sollen, eine Erhöhung von 2 Mark pro Stunde verlangen. Aber was ist 2 Mark? Gleich 22 Centimes. Der Unterschied in bezug auf die Angestellten ist noch größer. Ein Mittelangestellter in Deutschland verdient 1600 Mark pro Monat, das sind 171 Frank, in Frankreich dagegen 500 Frank oder fünfmal so viel.“

Durchschnittliche Wochenverdienste in Amerika.

Die Erhebungen des amerikanischen Arbeitsamts, betreffend die Durchschnittslöhne der bedeutendsten Industriezweige in den Vereinigten Staaten von Amerika, ergaben — laut einer Wiederabgabe des Arbeitsdienstes vom 15. September — für den Monat Juni d. J. folgende Lohnsätze:

Industriezweig:	Durchschnittswochenverdienst in Dollar	in Mark
Eisen, Stein, Glas	28,04	4428
Metall und Maschinen	27,79	4474
Holzbearbeitung	24,85	4424
Pelz, Leder, Gummi	23,22	4487
Chemische	26,61	4523
Papier	26,47	4500
Druckereigewerbe	30,33	5158
Textil	20,78	3532
Konfektion	23,28	3957
Nahrungsmittel, Getränke, Tabak	24,48	4161

„Die in den hier angeführten Industriezweigen gezahlten Löhne dürften im allgemeinen ausreichend sein“, bemerkt dazu das Nachrichtenblatt des Reichswirtschaftsministeriums, „um die Lebensunterhaltskosten einer Einzelperson in den Vereinigten Staaten von Amerika bei bescheidenen Ansprüchen bestreiten zu können. Verheirateten wird es jedoch kaum möglich sein, mit den angegebenen Beträgen auszukommen.“ Die Bedürfnisse der deutschen Arbeiter sind keineswegs geringer. Ihre Einkommen im Verhältnis zu dem der Amerikaner ist aber derart niedrig, daß sie damit nicht einmal die allernotwendigsten Lebensunterhaltungskosten bestreiten können.

Fünfzig Jahre Parteiblatt. Das älteste der seit der Gründung ununterbrochen erscheinenden Parteiblätter, die „Frankfurter Tagespost“ in Nürnberg, vollendet am 28. Oktober das 50. Jahr ihres Bestehens. Die erste Nummer dieser Zeitung erschien am 28. Oktober 1871 unter dem Titel „Nürnberg-Demokratisches Wochenblatt“. Ihr erster Redakteur war Anton Wenzinger, ein junger, sehr gewiegter Journalist und gewandter Redner, der in Nürnberg in die sozialdemokratische Bewegung hineingekam und bald zu einer führenden Stellung gelangte. Er wurde abgelöst durch Grillenberger, der das Blatt schnell vorwärts brachte. Schon 1877 war es möglich, an die tägliche Erscheinungsweise heranzugehen. Dann

gab es Sozialistengesetz. In Deutschland wurden fast alle Parteiblätter hinweggeglückt. Grillenberger redigierte so geschickt, daß das Blatt das Schicksal überlebte. Als das Sozialistengesetz in den letzten Tagen lag, konnte das Fest der 100. Jubiläumsschrift in der Druckerei bei einem Haß Bier gefeiert werden. Grillenberger starb 1897 im besten Mannesalter. Die Redaktionsleitung war seit jener Zeit mehrfachen Wechsel unterworfen: 1890—1900 stand Albert Glöckner an der Spitze, 1900—1902 Scheibmann, dann bis 1907 Dr. Adolf Braun. Als dieser nach Wien ging, folgte ihm Kurt Bärner bis 1910, darauf Wilhelm Herzberg, der 1911 starb. Aus trat Adolf Braun wieder in die Redaktion zurück, bis er während des ganzen Kriegs- und Revolutionszeit führte, bis er 1920 in den Parteivorstand berufen wurde. Seit dieser Zeit untersteht die redaktionelle Leitung der „Frankfurter Tagespost“ dem Genossen Emil Fischer. Die „Frankfurter Tagespost“ hat ein bewegtes Leben hinter sich. Sie hat alle Stürme gut überstanden; in den Kämpfen der Vergangenheit mutig ihren Mann gestanden; sie steht heute stolz und achtunggebietend da und kann von sich mit gutem Gewissen sagen, daß sie das Erbe ihrer großen Toten treulich bewahrt und vermisst hat.

Stätten des Todes. Auf einer Landstrecke von 30 000 englischen Quadratmeilen sind in Nordfrankreich und Belgien jetzt 3000 Friedhöfe errichtet worden, wo neben den Leiden anderer Völker auch etwa 527 000 Engländer liegen. Am Eingang eines jeden Friedhofs soll jetzt ein Gedenkstein errichtet werden, der die Inschrift trägt: „Dieses Land ist ein Geschenk des französischen Volkes, gestiftet als ewiger Ruheplatz und zu Ehren der Angehörigen der allierten Armeen, die in dem Kriege 1914 bis 1918 fielen.“ Die Inschrift wird englisch und französisch, bei den Grabstätten auf belgischem Gebiet auch flämisch angebracht werden. Die Friedhöfe unterstehen einer Kommission, an deren Spitze Oberst Goedlands steht, der mit seinem Stabe von 1800 Mann, von denen 870 Gärtnere sind, die Gräber in Ordnung hält. Oberst Goedlands hat auf den Ruhestätten bereits anderthalb Millionen Bäume pflanzen und Blumen einpflanzen lassen, die in langer Reihe hintereinander sich über 98 englische Meilen ausdehnen würden. 248 Acres (1 Acre 40 407,82 qm) sind mit Grasamen besät, 20 Meilen Hecken sind ausgezogen worden. Bei Boulogne, Calais und Paschendaels liegen die größten Friedhöfe, wo je etwa 10 000 Leichen begraben sind.

Der Deutsche Beamtenbund zur Feuerung. Dem Zeitungsdienst des Deutschen Beamtenbundes wird uns geschrieben: „Im Anschluß an die letzten der Zeitung des Deutschen Beamtenbundes breitet vor geraumer Zeit wieder ausgenommene Fortführung der Feuerungsaktion sind in Besprechungen mit dem Reichsfinanzministerium auch jetzt wieder dringliche Vorstellungen erhoben worden wegen der unverzüglichen Inangriffnahme der sogenannten zweiten Etappe der Feuerungsaktion für die Beamenschaft. Sollten die vom Deutschen Beamtenbund zu fordernden grundsätzlichen Maßnahmen (namhafte Erhöhung der Grundgehälter, Beseitigung der Ortsklassenspannung, Existenzsicherung für die geringbezahlten Gruppen) sich weiter hinauszögern, so müßte für die Beamenschaft, deren Lebensmöglichkeit durch die außerordentliche Feuerungsaktion außerordentlich gefährdet wird, die Anwendung anderweitiger Hilfsmittelmaßnahmen gefordert werden. Die endgültige Klärung dieser Fragen ist durch die für die nächsten Tage in Aussicht genommenen Verhandlungen zu erwarten.“

Lahmlegung der Rheinschifffahrt. Es stellt sich immer mehr heraus, daß der ganz abnorm niedrige Wasserstand des Rheins viel ernstere Folgen hat, als man bisher annahm. Es wird die Ankündigung einer riesigen Schiffsflotte von Rhein bis unterhalb Rheinfelden gemeldet. Die Zahl der Bergschleppzüge, die wegen der Wasserverhältnisse bei Rheinfelden warten müssen, mehr als stündig. Jetzt reichen die wartenden Schleppzüge, wenn auch nicht gerade ununterbrochen, bis Remagen, sogar bis Bonn. Millionenschäden sind bereits durch diesen unwillkürlichen Aufenthalt entstanden.

„Kommunistische Einkäufe“. Der Londoner Appellhof beschäftigte sich mit der prinzipiellen Frage, ob der Sowjetvertreter Krasin in England die Rechte der diplomatischen Immunität genieße oder nicht. In erster Instanz hatte das Gericht die Frage eines englischen Geschäftshauses gegen Krasin wegen Nichtbezahlung von 15 638 Pfund Sterling für gelieferte Textilwaren abgewiesen mit der Begründung, daß Krasin als bevollmächtigter Vertreter eines fremden Staates immun gegen Zivilklagen sei. Vor dem Appellhof führte der Kläger aus, der englisch-russische Handelsvertrag bezeichne Krasin als offiziellen Handelsagenten und erwähne mit keinem Worte keine Immunität. Der Prozeß wurde vertagt.

Ein Parteibeteran. Am 27. Oktober d. J. jährte sich zum 40. Male der Tag, an dem unser alter Parteigenosse Karl Frohne in den Deutschen Reichstag einzog. Es war im Jahre 1881, als die Parteigenossen des Wahlkreises Hanau-Gelnhausen für ihn diesen Wahlkreis eroberten. Es war die erste Wahl, die nach dem Inkrafttreten des Sozialistengesetzes am 21. Oktober 1878 stattfand. Insbesondere ist seine Teilnahme an den Debatten im Jahre 1898 bei der Amtsurteilsurteilung zum neuen Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie und im folgenden Jahre bei der Ausarbeitung des Bürgerlichen Gesetzbuches bekannt. Es sind Jahre schwerer Arbeit, Mühen und Kämpfe, auf die Frohne heute zurückblicken kann, und bei diesem Rückblick kann er des Dankes der Partei gewiß sein.

Eine offene Doppelhürde. Wie die Schweizer Blätter melden, sind in Straßburg auf offener Straße vor dem Gefängnis die beiden Raubmöder Röh und Fröh, die seinerzeit in das Münster Postamt eingedrungen waren, den Postmächer erschossen und den Geldschrank ausgeplündert hatten, hingerichtet worden. — Die offene Einrichtung soll offenbar einen europäischen „Kulturfortschritt“ bedeuten.

Eine Gareninspektion. Der vom Völkerbund ernannte Inspektor der Garenen ist in Konstantinopel eingetroffen und wird dem Völkerbunde über die Behandlung der Frauen in den Garenen Bericht erstatten. Die türkische Presse veröffentlicht diese Nachricht mit ironischen Kommentaren.

Buchergesetzgebung in Sowjetrußland. Der Rat der Volkskommissare hat Ausführungsbestimmungen zu den Dekreten über die Freihandelsverträge, die den bisher gänzlich unbestimmten Begriff der Straßbaren Spekulation präzisieren sollen. Danach sind freihand: Verleihen und Mischgeschäften, die eine künstliche Steigerung der Marktpreise bezwecken, der gewerbliche Handel mit Waren, für die das Staatsmonopol besteht oder die dem freien Verkehr vorübergehend entzogen sind, und der wissenschaftliche Handel mit verfallenen und verdorbenen Waren. Ferner wird die Handelsbetätigung von Minderjährigen unter 16 Jahren und die Beschäftigung für Straßarbeit erklärt. Die Gerichte werden angewiesen, vorwiegend Freihandelsstraßen und Konfiskationen zu verhängen. Für Erbschaft, die Todesstrafe für Spekulation zu verhängen, bleibt demnach anscheinend bestehen. Die Beschlüsse der Tscheka auf wirtschaftlichem Gebiete bleiben ebenfalls unberührt.

Danziger Nachrichten.

Proletarische Herbstgedanken.

Bunt sind schon die Wälder, gelb die Stoppelsfelder, so befügt der Dichter den rauhen Herbst. Tatsächlich bemerkt man auch beim Gang zur Arbeitsstätte am frühen Morgen, daß das Grün von der Herbstoberfläche so ziemlich vollständig verschwunden ist, und daß an dessen Stelle sich ein buntes farbiges Laubteppich aus den herabgefallenen Blättern gebildet hat. Ein mehr oder weniger dichter Nebel ruft in uns das unangenehme und schon lange nicht mehr bekannte Gefühl des Herbstes hervor, das uns gleichfalls an die rauhe Jahreszeit mahnt. Aber bei dem Arbeiter erwecken die bunten Farbenbildungen der Natur keine Freude. Er hat nicht Zeit und Muße, ihnen besondere Beachtung zu schenken, denn der harte Kampf ums Dasein ruft ihn unablässig in die Werkstatt, Fabrik oder Schreibstube. Wenn der Arbeiter aber nach der Arbeit zur Selbstbesinnung kommt, dann denkt er mit Schauern daran, daß die schönen, sonnigen Sommertage vorbei sind, die Tage immer kürzer werden und die Zeit des Frierens beginnt, die viel länger dauert als die der Sommerfreuden. Daran zeigt sich die Vergänglichkeit alles Vorhandenen, die uns zugleich zu neuer Hoffnung anspornt, die uns Trast im Glend ist: Es muß doch einmal besser werden. Vorläufig ist aber keine Spur davon. Die Kälte wird immer größer und die Sorgen des Arbeiters ebenfalls. Warme Kleidung ist immer nötiger, je kälter es wird, die notwendige Winterkleidung soll, kann aber nicht angeschafft werden, weil der Arbeiter in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung als Stiefkind behandelt wird. Das Stiefkind des Arbeiters verlangt vergeblich nach Heizung. Der Arbeiter aber hat nichts als Sorgen, die ihm die „gottgewollte“ Ordnung bereitet. Aber wie auf den Herbst und Winter ein Frühling und Sommer folgt, so wird auch aus dem Kapitalismus eine bessere Zeit für die Arbeiter folgen. Allerdings kommt sie nicht von selbst, sondern wir müssen mitheissen, müssen kämpfen für eine bessere Zeit. Das sind proletarische Herbstgedanken.

Der Soziale Ausschuss zur Arbeitslosenunterstützung.

Dem Volkstag liegt ein Gesetzentwurf vor, der die Höchstsätze der Arbeitslosenbezüge um 50 v. H. ab 15. Juli rückwirkend erhöht. Es handelt sich um die gesetzliche Festlegung der durch Verordnung erfolgten Maßnahme.

Hierzu beantragten unsere Genossen Arczynski und Karschewski, daß allen Arbeitslosen und Invaliden der Arbeit sofort zu liefern sind:

1. fünf Zentner Kartoffeln,
2. fünf Zentner Brennstoff,
3. übrigen entsprechender Geldbetrag.

Diesen Antrag stimmten die bürgerlichen Parteien nieder mit 9 gegen 5 Stimmen. Ebenso erging es einem Antrage Schmidt, der 500 Mark einmalige Beihilfe geben wollte. Niedergestimmt wurde auch ein Antrag Gebauer, der Milch für die Kinder der Arbeitslosen verlangte.

Das Gesetz wurde dann angenommen und wird dem Volkstag diese Woche zugehen.

Der Bürgerblock hat abermals bewiesen, daß er nichts von der Not der Arbeitslosen wissen will und immer noch nur der deutschnationalen Katastrophenpolitik folgt.

Hans und Heinz Kirch.

Erzählung von Theodor Storm.

(Fortsetzung.)

„Aber sie warf sich nicht hinein; nur ihre Augen blickten traurig auf ihn hin: „Du Heinz!“ rief sie, „du bist es! Aber ich, ich bin es nicht mehr!“ — Du bist zu spät gekommen, Heinz!“

Da riß er sie an sich und ließ sie wieder los und streckte beide Arme hoch empor: „Ja, Wieb, das sind auch nicht mehr die ungeschuldeten Hände, womit ich damals dir die roten Äpfel stahl; du Jove, das schließt, so siebzehn Jahre unter diesem Volk!“

Sie war neben dem Herde auf die Arme gesunken: „Heinz,“ murmelte sie, „o Heinz, die alte Zeit!“

Wie verlegen stand er neben ihr; dann aber blickte er sich und griff die eine ihrer Hände, und sie drückte es still.

„Wieb,“ sagte er leise, „wir wollen sehen, daß wir uns wiederfinden, du und ich!“

Sie sagte nichts; aber er fühlte eine Bewegung ihrer Hand, als ob sie schmerzhaft in der seinen suchte.

Von der Schenkstube her erscholl ein müßiges Durcheinander; Klavier klirrte, mitunter dröhnte ein Faustschlag. „Kleine Wieb,“ klagte er wieder, „wollen wir weit von all den bösen Menschen ort?“

Sie hatte den Kopf auf den steinernden Herd sinken lassen und schaute schmerzhaft. Da wurden schlurfende Schritte in dem Gange hörbar; und als Heinz sich wandte, stand ein Betrunkener in der Tür; es war derselbe Mensch mit dem schlaffen, gemeinen Antlitz, den er vorher unter den anderen Schiffern schon bemerkt hatte. Er schielte sich an dem Türpfosten, und seine Augen schienen, ohne zu sehen, in dem dämmerigen Raum umherzustarren. „Wo bleibt der Bock?“ stammelte er. „Seht neue Gläser. Der rote Jakob flucht nach seinem Grog!“

Der Trunkene hatte sich wieder entfernt; sie hörten die Tür der Schenkstube hinter ihm zusallen.

„Wer war das?“ fragte Heinz.

Wieb erhob sich mühsam. „Mein Mann,“ sagte sie; „er fährt als Matrose auf England; ich diene bei meinem Stiefvater hier als Schenkmagd.“

Heinz sagte nichts darauf; aber seine Hand fuhr nach der bejaarten Brust, und es war, als ob er gewaltig etwas von seinem Rücken reiße. „Siehst du,“ sagte er tonlos und hielt einen leinenen Leinwand empor, von dem die Enden einer zerrissenen Schnur herabhängten, „da ist auch noch das Rinderseil! War es Gold gewesen, es war so lang wohl nicht bei mir geblieben. Aber auch sonst — ich weiß nicht, war es um dich? Es war wohl nur ein Aberglaube, weil es doch noch das letzte Stück von Hause war.“

Die kommenden Zollvereinfachungen. Die die Handelskammer mittelt, ist auch für solche Waren, die vor dem 1. 1. 22 den Abgangsort verlassen haben, jedoch erst nach dem 1. 1. 22 in Danzig eintreffen, der Zoll zu entrichten. Alle Bemerkungen, hierin eine Bänderung zu verschaffen waren fruchtlos. Wir wollen nicht verfehlen, darauf hinzuweisen, welche außerordentliche Härte gerade diese Bestimmung in sich birgt. Wenn man in Betracht zieht, daß erstens die Beförderungsdauer bei der Eisenbahn zurzeit eine sehr langwierige ist, daß weiter jetzt die Zeit der Gütersperre einsetzt und daß ferner die Industrien Deutschlands außerordentlich beschäftigt sind und sich mit ihren Lieferungen weit im Rückstand befinden, so wird man erkennen können, welche Gefahr den hiesigen Kaufleuten droht, wenn die eingangs erwähnte Bestimmung Platz greifen sollte. Eine Beförderungsdauer von Berlin bis hier von 5-6 Wochen ist heutzutage gar nichts Außergewöhnliches mehr. Hinzu kommt noch der Umstand, daß die Waren, die vor dem 1. 1. 22 Deutschland verlassen, ohne Deklarationspapiere die Reise nach Danzig antreten; wenn sie dann nach dem 1. 1. 22 die polnische Zollgrenze passieren, werden sie angehalten und der Weitertransport wird auf große Schwierigkeiten stoßen, weil die polnische Zollbehörde an der Grenze, die ohne gültige Deklarationen eintreffenden Waren beschlagnahmen dürfte. Aus diesem Grunde ist es ein Gebot der Notwendigkeit, daß sich die hiesige Regierung mit der polnischen in Verbindung setzt und darauf hinarbeitet, daß derartige Waren, die vor dem 1. 1. 22 den Abgangsort verlassen haben und erst nach dem 1. 1. 22 aus irgend einem unverschuldeten Grunde in Danzig eintreffen, nicht der Verzollung unterliegen, sondern frei eingeführt werden dürfen.

B. D. Das Pech-Kainer-Ballett fand gestern Abend für sein einmaliges Gastspiel den stark gefüllten Saal des Schützenhauses. Die Tanzvereinigung hielt indes nicht ganz, was ihr Ruf versprochen, und waren es auch durchgehends unterhaltende, erfrischende bis achtsbare Leistungen, so übertrugten sie doch kaum jene Solidität, die Anspruch auf kritische Würdigung hat. Eine Ausnahme macht allerdings Ellen Pech, nach deren Ideen die Tänze einstudiert waren, und die den von ihr gelangten Stücken besonders durch eine verblüffende Intensität der Bewegung und einen unbedingten Gehorsam ihres reizvollen, durchtrainierten Körpers eine unbedingte Vorherrschaft sicherte. Das Feinste bot sie mit einer Verblüffung der tanzenben Glänze in „Feuer“ (nach der Musik von J. Kool). Auch „La midinette“ war sehr hübsch, aber wesentlich belanglos, dagegen die Auslegung der Sarafateschen „Zigeunerweisen“ von hoher Eigenart; die Musik Jan Sibelius' aber steht in gar keinem Verhältnis zu jenen bizarren Traumhalluzinationen, die freilich durch eine gewisse Originalität und die Leistung der Solisten besonders stark fesselten. Nächste Ellen Pech scheint mir von den Tänzerinnen die wohl noch sehr junge E. B. i. n. e. w. i. c. z. am meisten Talent zu haben, die neben gutem technischen Können auch reizende Einfälle hat und ihren Baumluchungen mit einem frischen, natürlichen Humor würzte. In dieser „Episode“ nach einer sehr zweckentsprechenden Musik von Rubinstein zeigte auch Alice Michell viel natürliche Charme und Fluß der Bewegung der Hände und Füße. Das meiste sonst war mehr Tanz zur Musik als getanzte Musik.

Die Kostüme, nach Entwürfen des bekannten Münchener Malers Ludwig Kainer, waren in Linie und Farbe von hoher künstlerischer Erlesenheit und trugen wohl auch nicht zuletzt zu dem freundlichen Beifall bei, der den einzelnen Tänzen folgte und einige Wiederholungen erzwang.

Wieb stand ihm gegenüber, und er sah, wie ihre Lippen sich bewegten.

„Was sagst du?“ fragte er.

Aber sie antwortete nichts; es war nur, als schienen ihre Augen um Erbarmen. Dann wandte sie sich und machte sich daran, wie es ihr befohlen war, den heißen Trank zu mischen. Erst einmal stockte sie in ihrer Arbeit, als ein feiner Metallklang auf dem steinernen Fußboden ihr Ohr getroffen hatte. Aber sie wußte es, sie brauchte nicht erst umzusehen; was sollte er denn jetzt noch mit dem Ringel?

Heinz hatte sich auf einen hölzernen Stuhl gesetzt und sah schweigend zu ihr hinüber; sie hatte das Feuer geschürt, und die Flammen lachten und warfen über beide einen roten Schein. Als sie fortgegangen war, sah er noch da; endlich sprang er auf und trat in den Gang, der nach der Schenkstube führte. „Ein Glas Grog; aber ein festes!“ rief er, als Wieb ihm von dort her aus der Tür entgegenkam; dann setzte er sich wieder allein an seinen Tisch. Bald darauf kam Wieb und stellte das Glas vor ihm hin, und noch einmal sah er zu ihr auf; „Wieb, kleines Wiebchen!“ murmelte er, als sie fortgegangen war; dann trank er, und als das Glas leer war, rief er nach einem neuen, und als sie es schweigend brachte, ließ er es, ohne aufzusehen, vor sich hinstellen.

Am anderen Tische larmten sie und kummerten sich nicht mehr um den einsamen Gast; eine Stunde der Nacht schlug nach der anderen, ein Glas nach dem anderen trank er; nur wie durch einen Nebel sah er mitunter, daß arme schöne Antlitz des ihm verlorenen Weibes, bis er endlich dennoch nach den anderen fortging und dann spät am Vormittag mit wüstem Kopf in seinem Bett erwachte.

In der Kirchenschen Familie war es schon kein Geheimnis mehr, in welchem Hause Heinz diesmal seine Nacht verbracht hatte. Das Mittagssnack war, wie am gestrigen Tage, schweigend eingenommen, jetzt am Nachmittage sah Hans Adam Kirch in seinem Kontor und rechnete. Ihwar lag unter den Schiffen im Hafen auch das sein, und die Kohlen, die es von England gebracht hatte, wurden heute geladet, wobei Hans Adam niemals sonst zu fehlen pflegte; aber diesmal hatte er seinen Tochtermann gebührend, er hatte Mühsüßeres zu tun, er rechnete, er summerte und jubilierte, er wollte wissen, was ihn dieser Sohn, den er sich so unbedacht zurückgeholt hatte, oder — wenn es nicht sein Sohn war — dieser Mensch noch kosten dürfte. Mit rascher Hand lauschte er seine Feder ein und schrieb seine Zahlen nieder; Sohn oder nicht, das stand ihm fest, es mußte jetzt ein Ende haben. Aber freilich — und seine Feder stockte einen Augenblick — um wenigstens würde es ja schwerlich gehen; und — wenn es dennoch Heinz wäre, den Sohn durfte er mit wenigem nicht gehen lassen. Er hatte sogar daran gedacht, ihm ein für allemal das Pflückteil seines Erbes auszugeben; aber die gerichtliche Cautellung, wie war die zu beschaffen? Denn sicher mußte es doch gemacht werden, damit er nicht noch einmal wiederkomme. Er

Die Wichtigkeit der Krankenkassenwahlen.

Die Wahl des Krankenkassenausschusses bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse findet am Sonntag, den 18. November 1921 in der Zeit von 9 Uhr vormittags bis 4 Uhr nachmittags statt. Pflicht eines jeden Mitgliedes des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes ist es, sich an der Wahl und an der Agitation für diese zu beteiligen. Kolleginnen und Kollegen, Ihr habt alle Verwandte, Bekannte, Freunde, die in der Lage sind, die Hausangehörigen und Aufwärterinnen, auf diese Wahl aufmerksam zu machen und ihnen die Stimmgeld der freien Gewerkschaften, der Vorschrift V. 1, zu geben. Wir haben es in der Hand, dafür zu sorgen, daß die Zusammensetzung des Ausschusses und somit auch des Vorstandes eine andere wird. Der jetzige Vorstand ist reaktionär; deshalb erlaubt sich auch der Vorsitzende der Kasse am 3. August d. Js. den Angestellten, die am 4. August nach einer vorangegangenen Abstimmung streiken wollten, mit sofortiger Entlassung zu drohen. Trotzdem beteiligten sich neun Angestellte am Generalstreik. Nun aber sollten die neun Angestellten, diese Streikführer, die von ihrem Streikrecht Gebrauch gemacht haben, nicht ungestraft bleiben. In der Vorstandssitzung wurden sieben dieser Streikführer bestraft. Fünf mit je 50 Mk., zwei mit je 100 Mk. Geldstrafe. Obwohl die Bestraften gegen die Bestrafung Widerspruch beim Versicherungsamt erhoben haben, zog man ihnen widerrechtlich die verhängten Geldstrafen bei der Gehaltszahlung am 29. August ab. Diese Angestellten haben dem Ruf ihrer Organisation gefolgt und sind dafür bestraft worden. Wichtig ist es, festzustellen, welche Vorstandsmitglieder die Bestrafung ausgesprochen haben. Von den Arbeitgebervertretern waren es der Kaufmann und Inhaber der Danziger Brauerei, Erich Karstisch, der Rentier und Hausbesitzer Max Gucke, bekannt aus den Haus- und Grundbesitzerversammlungen, der die Mieten, um das Zehnfache steigern möchte. Dieser Herr hat in den Vorstandssitzungen nichts zu suchen, da er seit dem 1. Februar 1921 nicht mehr Arbeitgeber somit auch nicht mehr Mitglied der Kasse war. 3. Herr Sally Selbiger, Mitinhaber der Firma Selbiger und Hirschberg.

Von den Vertretern der Arbeitnehmer waren es: 1. Die Buchhalterin Marie Meyer, beschäftigt bei der Firma Browe, 2. die Buchhalterin Helene Eberlein, beschäftigt bei der Firma Hofmann (Danziger Zeitung), 3. die Verkäuferin Martha Koppe, beschäftigt bei der Firma Ertmann und Perleweh, und 4. die Nähterin Anna Krud, beschäftigt bei A. G. Stengel. Obwohl die Arbeitnehmer in der Mehrzahl waren, zeigten sie sich nur als willenloses Werkzeug der Arbeitgeber. Fest steht es, daß diese Arbeitnehmer nicht Mitglieder der freien Gewerkschaften waren, sondern sie den christlichen und Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften angehören. Darum, Kollegen und Kolleginnen, tragt Sorge dafür, daß keine Stimme den christlichen und Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften zugeführt wird. Der jetzige Vorstand erkennt auch keine Tarife an. Zwischen dem Zentralverband der Angestellten und dem Hauptverband deutscher Ortskrankenkassen besteht eine Tarifgemeinschaft. Die Ortskrankenkasse Danzig ist Mitglied des Hauptverbandes Deutscher Ortskrankenkassen. Den Tarif

warf die Feder hin, und der Saft, der an den Zähnen ihm verweilte, klang beinahe wie ein Lachen; es war ja aber nicht sein Heinz! Der Lustigste, der verstand es doch; und der alte Heinrich Jacobs trug seinen Laster noch mit achtzig Jahren!

Hans Kirch streckte die Hand nach einer neben ihm liegenden Ledertasche aus; langsam öffnete er sie und nahm eine Anzahl Raffenscheine von geringem Werte aus derselben. Nachdem er sie vor sich ausgebreitet und dann einen Teil und nach einigen Augen noch einen Teil davon in die Ledertasche zurückgelegt hatte, packte er die übrigen in ein bereitgehaltenes Kuvert; er hatte genau die nötige Summe abgemessen.

Er war nun fertig; aber noch immer sah er da, mit dem behaglichen Rattefieber, die nötigen Hände an den Tisch geklammert. Nichts fuhr er auf, seine grauen Augen schienen sich weit: „Hans! Hans!“ hatte es gerufen; hier im leeren Zimmer, wo wie er jetzt bemerkte, schon die Dämmerung in allen Winkeln lag. Aber er besann sich, nur seine eigenen Gedanken waren über ihn gekommen; es war nicht jetzt, es war ja so viele Jahre her, daß ihn die Stimme so gerufen hatte. Und er noch als ob er widerwillig einem außer sich Geizhals leiste, öffnete seine Hände noch einmal die Ledertasche und nahm pfeifend eine Anzahl großer Raffenscheine aus derselben. Aber mit jedem einzelnen, den Hans Adam jetzt der vorher bemessenen kleinen Summe zugefügte, fiel sein Grog gegen den, der dafür Gemut und Gelerntes an ihn verkaufen sollte, denn was zum Kuckuck lang gehogter Lebensplan hatte dienen sollen, das mußte er jetzt hinwerfen, nur um die letzten Trümmern davon vorzuräumen.

Als Heinz etwa eine Stunde später, von einem Gang durch die Stadt zurückkehrend, die Treppe nach dem Oberhaus hinaufging, trat gleichzeitig Hans Adam unten aus seiner Zimmertür und folgte ihm so hastig, daß beide fast zusammen in der ersten Kammer stießen. Die Frage, welche eben auf dem Vorplatz erhellte, ließ bald beide Hände ruhen; sie umschloß es ja wohl, daß zwischen Vater und Sohn nicht alles in der Eile war, und drinnen hinter der geschlossenen Tür schien es jetzt zu einem heftigen Gespräch zu kommen. — Aber nein, sie hatte sich g. l. n. k. t. es war nur immer die alte Stimme, die sie hörte; und immer lauter und drohender klang es, obgleich von der anderen Seite keine Antwort darauf erfolgte, aber vergebens strengte sie sich an, von dem Jodel etwas zu verstehen; sie hörte drinnen den offenen Fensterflügel im Winde klappern, und ihr war, als würde die noch immer heftiger hervorbrechenden Worte dort in die dunkle Nacht hinausgeredet. Dann endlich wurde es still; aber zugleich sprang die Frage, von der aufgestohlenen Kammertür getroffen, mit einem Schrei zur Seite und sah ihren gefährlichen Herrn mit wirrem Haar und wildblickenden Augen die Treppe hinabstürzen, und hörte, wie die Konturwände aufgerissen und wieder zugeklappt wurde. (Fortsetzung folgt.)

aber, der abgeschlossen worden ist, erkennt sie für Danzig nicht an. Den Angehörigen zählt der Vorstand 2500 bis 3000 Mark weniger, als den Angehörigen im Deutschen Reich gezahlt wird. Kennzeichnend ist hier ein Ausspruch: „Die Angestellten der Kasse brauchen nicht besser bezahlt zu werden, wie beim Senat.“ Der Vorstand wird sich doch nicht immer mit Tarifverhandlungen beschäftigen, dazu hat er keine Zeit. Wie aus den erwähnten Vorgängen ersichtlich, gilt es, unsere ganze Kraft einzusetzen, daß am 13. November nur die Liste der freien Gewerkschaften gewählt wird. Deshalb: Auf zum Kampf für die Vorschlagsliste der freien Gewerkschaften, Liste V. 1.

Diese Wahlen der Ausschuhvertreter und Ersatzvertreter für die Krankenkassen sind ebenso bedeutungsvoll, wie alle politischen Wahlen. Die Krankenkassenmitglieder bilden den Unterbau für die weiteren Wahlen zu den Organen der Versicherungssträger, dem Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherungsgesetz. Nachdem die Kassenmitglieder die Ausschuhvertreter der Kasse gewählt haben, wählen diese den Vorstand der Kasse. Der Krankenkassenvorstand wählt dann die Richter in das Versicherungsamt, die erste Spruchinstanz in Kranken-, Unfall- und Invalidenstreitsachen. Die Richter im Versicherungsamt wählen weiter die Richter in das Oberversicherungsamt, die Berufungsinstanz in sozialen Streitsachen. Diese Richter wählen weiter die Richter für die höchste und letzte Instanz, das Reichsversicherungsamt. Außerdem schicken die Vertreter im Versicherungsamt Vertreter in den Vorstand der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft einerseits, andererseits in den Ausschuh der Landesversicherungsanstalt, aus dem wieder der Vorstand für die Landesversicherungsanstalt gebildet wird. Das Oberversicherungsamt schickt einerseits Vertreter in die Landesversicherungsämter, andererseits Vertreter in den Vorstand der gewerblichen Berufsgenossenschaft und Vertreter in den Vorstand der See-Berufsgenossenschaft. So baut sich dieses Gebäude der sozialen Verwaltung und Rechtspflege auf. Da unser soziales Versicherungswesen noch mit dem sozialen Versicherungswesen des Deutschen Reiches verbunden ist, haben auch wir Vertreter in die entsprechenden Ämter zu senden. Es kann vielleicht aber, die Entwicklung der politischen Verhältnisse steht niemand voraus, über kurz oder lang der Zeitpunkt kommen, wo wir im Freistaate unser eigenes Gebäude aufbauen müssen. Und deshalb darf kein freigewerkschaftlicher seine Pflicht am 13. November 1921 vernachlässigt haben.

Wie im Herbst 1913 es den freien Gewerkschaften gelang, die Mehrheit der Stimmen auf ihrer Liste zu vereinigen, so muß es auch dieses Mal sein. Nur der Krieg mit all seinen Folgen hat es dahin gebracht, daß durch Ausscheiden unserer damals gewählten Vertreter heute die Vertreter des Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Gewerkschaftsringes, die bei der damaligen Wahl kaum einige Stimmen auf sich vereinigt haben, heute im Vorstände der Allgemeinen Ortskrankenkasse sitzen.

Wie ja bekannt, sind in diesen beiden Gewerkschaftsrichtungen die Anhänger der Ersatzkrankenkassen, Betriebskrankenkassen und sonstiger Kassen zu finden. Während wir freie Gewerkschaften darauf hinarbeiten, eine Umgestaltung der gesamten Sozialversicherung in der Richtung der allgemeinen sozialen Fürsorge vorzunehmen, sind diese bestrebt, Angestellte, Arbeiter und Beamte streng voneinander getrennt, für jeden Beruf besondere Krankenkassen einzurichten. Ihnen geht also der große Gedanke ab, daß der einzelne nicht nur Opfer für seinen Stand, sondern Opfer für die Allgemeinheit, d. h. Opfer für die Gesunderhaltung des gesamten Volkes bringen muß. Unsere grundlegende Forderung ist: Einheitliche Kassen für die gesamte Krankenversicherung unter Beseitigung aller anderen Kassen. Beifrei muß die Selbstverwaltung von allen bürokratischen Fesseln sein. Die Krankenversicherung soll nicht eine Wohltat, sondern ein verbrieftes Recht aller arbeitenden Menschen sein. Der Versicherungsgedanke muß durch den Gedanken der allgemeinen Fürsorge abgelöst werden. Die Ausschüsse der Krankenkassen sind nebst den Gewerkschaften berufen, diesen Kampf um die Umgestaltung der gesamten sozialen Versicherung zu einer wahren Volkssicherung zu führen. Wollen wir diesen Kampf siegreich bestehen, dann, Kolleginnen und Kollegen, sorgt dafür, daß die Liste V. 1 mit überwältigender Mehrheit aus der Wahlurne am 13. November geht.

Ostelbisches Landarbeiter-Idyll.

Nicht an der polnischen Grenze liegen in Pommern die großen Güter Jassen und Jerskwitz. Die Arbeiter des ersten Gutes waren 1920 bis auf drei oder vier Familien im Landarbeiterverband organisiert. Der Besitzer des Gutes, Graf von Dürckheim, veranstaltete im Sommer 1920 für die dem Landarbeiterverband fernstehenden Familien fast an jedem Sonntag ein Fest mit Musik und Tanz bei freier Bewirtung mit Kuchen, Kaffee und alkoholischen Getränken. Auch erhielten diese Familien je 1—2 Zentner Äpfel über den Tarif. Zur Abwehr veranlaßten die organisierten Familien an anderer Stelle ebenfalls Vergünstigungen zu gleicher Zeit, doch mußten die entstehenden Kosten durch sie selbst gedeckt werden, was selbstverständlich auf die Dauer nicht Bestand halten konnte. Dann lösten sich immer mehr Familien vom Landarbeiterverband bis nur einer organisiert blieb und es heute noch kein soll. Die vom Gutsherr bezahlten Vergünstigungen sind schon sehr lange ausgefallen und das tarifmäßig zu liefernde Getreide wurde schon für 1920 nicht mehr in voller Menge geliefert. Für Äpfel wurden zum Teil Pflaumen und Quitten geliefert, da durch die Kriegszeit bewiesen sein soll, daß sich diese Früchte zur Herstellung von Arbeiterbrot sehr gut eignen. Ein Teil der Arbeiter hat nun wieder die Zuteilung in den Verband nachgeholt, die Aufnahme ist aber vorläufig abgelehnt. Anders steht es nun mit den Arbeitern in Jerskwitz. Diese hatten seit dem Verband und alle tarifmäßigen Vergünstigungen und solche der Arbeitszeit werden genau durchgeführt. Erst in letzter Zeit ist es dem Gutsherrn von Jerskwitz, Landrat a. D. gelungen, zwei Landarbeiter aus dem Landarbeiterverband in den Landbund umzuorganisieren. Diese zwei Arbeiter sollten zuerst entlassen werden, wurden aber durch den Hebertritt zum Landbund begnadigt.

Bei der vorjährigen Wahl zum Deutschen Reichstage war der Gutsherr Wahlvorsteher, sein Oberinspektor Schriftführer und mehrere andere Untertanen Beisitzer. Bei der Auszählung der Stimmzettel wurde ordnungsgemäß vorgegangen. Als aber alles

schon fertig war, ging der Wahlvorsteher mit dem Resultat zu sein Privatbureau und meldete es der maßgebenden Stelle. Der später veröffentlichte Bericht ließ aber vermuten, daß irgendwo ein großer „Fehler“ entstanden sei, denn in Wirklichkeit sollen 26 Stimmen für die Deutsche Volkspartei abgegeben sein und der amtliche Bericht wies 116 Stimmen nach. Es wurde behauptet, daß die abgegebenen Stimmzettel noch jetzt auf dem Gut vorhanden sind.

Die Schule in Jerskwitz befindet sich in einem Zustande, daß Lehrer Eltern und Kinder befürchten, sie könne zusammenbrechen. Wiederholte Eingaben des Lehrers und der dazu gehörigen Bauern hatten es bewirkt, daß zwei höhere Beamte aus Köslin zur Besichtigung heraufkamen. Die Schule wurde besichtigt ohne Belohnung des Herrn von Jerskwitz, und die beiden höheren Beamten sagten mündlich, daß sie so etwas noch nicht gesehen hätten, sprachen von einem Skandal und wollten dafür sorgen, daß die Schule als erste gebaut werden sollte, dieses auch in Gegenwart des Lehrers. Hierauf erschien Herr von Jerskwitz und nach einer kurzen Besprechung mit den Beamten, war die Situation gleich eine andere geworden. Dem Lehrer, der verheiratet ist, und in einer Stube bei dem Oberinspektor wohnt, weil die Schulwohnung nicht bewohnbar ist, wurde geraten, sich versetzen zu lassen. Ein Neubau könne vorläufig nicht in Frage, weil angeblich Herr von Jerskwitz nicht finanziell genug sei. Dafür hat nun aber dieser Herr einen Viehstall gebaut, der erstlich garnicht in voller Größe gebraucht wird, auch in absehbarer Zeit nicht und zweitens dermaßen kostspielig, daß die Menschen, darunter auch wirkliche Kenner, sagen, er habe hierdurch nur sein Geld höher unterbringen wollen. Die Schule gilt doch nur als notwendiges Übel und wäre außerdem noch nicht sein alleiniges Eigentum.

Reichskonferenz der Eisenbahner-Betriebs- und Beamtenräte.

Am 16. und 17. Oktober tagte in Berlin eine von 177 Vertretern besuchte Reichskonferenz der im Deutschen Eisenbahnerverband organisierten Betriebs- und Beamtenräte. Die auf Beschluß der letzten Generalversammlung des Deutschen Eisenbahnerverbandes eingeleitete Reichsräteverwaltung erstattete einen eingehenden Tätigkeitsbericht. Der Verband stellt allein 20 000 Betriebsräte für den Eisenbahnbetrieb. Im Hauptbetriebsrat am Sitz des Reichsverkehrsministeriums hat er 19 und in den Bezirksbetriebsräten am Sitz der Eisenbahndirektionen 831 Vertreter. Den Hauptaufsichtsausschuh besetzt er mit 12 Mitgliedern und die Bezirksaufsichtsausschüsse mit 235. Beamtenratsmitglieder stellt der Verband 3 zum Hauptbeamtenrat, 70 zu den Bezirksbeamtenräten und 4000 als örtliche Beamtenräte. Die angeführten Zahlen legen Zeugnis ab von der Bedeutung des Deutschen Eisenbahnerverbandes innerhalb der zur Mitwirkung des Personals im Reichseisenbahnbetrieb gewählten Körperschaften. Die Reichsräteverwaltung konnte aber auch über die Ausbildung der Betriebs- und Beamtenräte und über ihre für das Personal ausgeübte Tätigkeit sehr viel Erfreuliches berichten. Außer dem Bericht wurden Referate erstattet über die nächsten Aufgaben der Betriebs- und Beamtenräte und ihre Stellung zu den Gewerkschaften, über das Schlichtungswesen, die Sozialer Richtlinien und den Reichslohn tarifvertrag. Zu letzterem Punkte ist hervorzuheben, daß kürzlich in Köslin eine vom Reichsverkehrsminister einberufene Besprechung der Vertreter der Eisenbahndirektionen stattfand, die dem zwischen dem Reichsverkehrsministerium und den Eisenbahnergewerkschaften abgeschlossenen Vertrag eine Auslegung gab, welche lebhaften Widerspruch bei den Eisenbahnern hervorgerufen hat und Anlaß zu verschiedenen Streikbewegungen in der letzten Zeit, besonders auch in Halle, gab.

Zur Annahme gelangte eine Reihe Entschuldigungen. In der einen wird die Anwendung des Betriebsrätegesetzes für das gesamte Personal der Reichsbahnen gefordert. Zur Erläuterung sei hinzugefügt, daß zurzeit die Betriebs- und Beamtenräte bei der Reichsbahn auf Grund von Verordnungen gebildet werden, die weniger Rechte einräumen als das Gesetz. — Eine weitere Entschuldigung wendet sich gegen den dem Reichstag vorgelegten Entwurf einer Schlichtungsordnung. Sie steht in den Bestimmungen des Entwurfs eine Gefährdung und Beeinträchtigung des Koalitionsrechts. — Ferner wendet sich eine Entschuldigung gegen die Auslegung des Tarifvertrags in Köslin und wendet dem Verkehrsminister vor, daß er, gestützt auf das Kösliner Protokoll, einseitige Entscheidungen über die aus dem Tarifvertrag entstehenden Streitigkeiten fälle. Die Bestrebungen, die Reichsbahnen in den Besitz der Privatindustrie überzuführen, veranlaßten die Konferenz, die Reichsregierung zu ersuchen, mit rückhaltloser Entschlossenheit alle Bestrebungen zurückzuweisen, die die Reichsbahnen in den Besitz der Privatindustrie überführen wollen.

Der Verlauf dieser zweiten Reichskonferenz zeigte unverkennbar die Spuren einer fortschreitenden Gesundung der Eisenbahnerbewegung. Bezeichnend ist, daß wiederholt sowohl von Referenten als auch Delegierten die Worte gesprochen wurden: Die Zeit der Phrasen ist vorüber; es muß praktische positive Gewerkschaftsarbeit geleistet werden. In der Tat hat die zweitägige Konferenz, wie die erstatteten Referate und gefassten Beschlüsse bezeugen, recht praktische Gewerkschaftsarbeit geleistet. Die Auffassung, daß die Betriebs- und Beamtenräte nur im engsten Zusammenarbeiten mit den Gewerkschaften ihre Aufgabe erfüllen können, gewinnt immer mehr an Boden und fand auch in der Diskussion ungeteilte Zustimmung.

Volkswirtschaftliches.

Die Arbeitslage im Ausland. Die Arbeitslosigkeit in Nordamerika ist noch immer ganz enorm, obwohl aus einer Reihe von Industrien eine Besserung des Geschäftsstandes gemeldet wird. Unter einer ganz besonders starken Arbeitslosigkeit scheinen die Bergarbeiter zu leiden. Wie der Vertreter derselben kürzlich in Washington erklärte, arbeiten sie nur zwei Tage in der Woche und erzielen dabei einen Wochenverdienst von 14 Dollar. In Cuba herrscht infolge Sinkens des Zuckerpreises starke Beschäftigungslosigkeit. Vor der Zuteilung nach dortin wird nachdrücklich gewarnt, da es keine Möglichkeit gibt, in benachbarten Ländern unterzukommen. Aus Argentinien wird berichtet, daß infolge der allgemeinen weltwirtschaftlichen Lage auch dort die Arbeitslosigkeit im Rückgang begriffen ist. Der nach Südamerika oder sonstigen Kolonialländern auszuwandern will, der muß vor allen Dingen seine deutschen Anschauungen über Arbeitsverhältnisse und Lebensgewohnheiten zu Hause lassen. Nach Brasilien sind in letzter Zeit mehrfach deutsche Arbeiter für die Kaffeepflanzungen ausgewandert. Nach neueren Nachrichten sind dieselben zum größten Teil fast enttäuscht über die Verhältnisse, die sie vorgefunden haben: Arbeitszeit unbegrenzt, Löhne unannehmlich, Wohnungsverhältnisse äußerst primitiv, nach deutschen Begriffen vielfach menschenunwürdig, familiärer Arbeiterschutz überhaupt nicht vorhanden. Griechenland kann deutschen Arbeitern als Auswanderungsziel nicht empfohlen werden, da es an jeder Arbeits-

möglichkeit für Deutsche mangelt. Auch Italien biete durch den Druck nur recht geringe Beschäftigungsmöglichkeiten. Zurzeit ist das Angebot von deutschen Arbeitskräften aller Art in Italien weit größer als die Nachfrage. Bei Einreisegeldern von Niederländisch-Indien seien Auswanderungsmöglichkeiten hinsichtlich der Beschäftigungsbedingungen zur Vorsicht ermahnt. Ein Lebiger braucht für den Unterhalt eines Monats wenigstens 275 bis 350 holländische Gulden, ohne dabei Ersparnisse machen zu können. Verheiratete brauchen wenigstens 100 Gulden mehr. Im übrigen ist die Beschäftigungslage recht ungünstig; es haben bereits Entlassungen stattgefunden. Im allgemeinen bieten sich für Auswanderungslustige also keine günstigen Aussichten.

Eine internationale Konferenz für Sozialversicherung. In Genä tagte Anfang Oktober eine vom Internationalen Arbeitsamt einberufene Konferenz von Sachverständigen auf dem Gebiete der Sozialversicherung. Es handelte sich darum, die durch den Krieg unterbrochenen Fäden der ehemaligen Internationalen Vereinigung für Sozialversicherung wieder anzuknüpfen und zugleich die vom Arbeitsamt geschaffene Sektion für Sozialversicherung in ihrer Tätigkeit zu unterstützen. An der ersten vorbereitenden Tagung nahmen u. a. teil: Dr. Barzani, der Direktor der italienischen Unfallversicherungskasse, Professor Dr. Jucker, Paris, Dr. Rueschmann, Direktor des schweizerischen Sozialversicherungsamtes, A. Gindner, von der holländischen Staatsbank für Sozialversicherung und aus Deutschland der frühere Wirtschaftsminister Rudolf Wissel. Weiter des Zentral-Arbeitssekretariats in Berlin. Es wurde vereinbart, die frühere Vereinigung in neuer Form wieder aufleben zu lassen, um der privaten Initiative und Forschung neben den Bemühungen des Arbeitsamtes selbst eine Möglichkeit zu schaffen. Zugleich wird das Arbeitsamt zur Förderung seiner Tätigkeit auf diesem Gebiete hochste als besondere Korrespondenten in den wichtigsten Ländern heranziehen. Ein ausführliches Programm für die Arbeit der nächsten Zeit wurde aufgestellt. Es verlautet, daß voraussichtlich schon die große internationale Arbeitskonferenz des Jahres 1922 in der Hauptsache den Fragen der Sozialversicherung gewidmet sein wird.

Die Vermehrung des Hamburger Schiffbaus. Das erste Quartal des Jahres brachte für Hamburg die Industrieförderung von acht neuen Schiffen mit einer Gesamtkapazität von 35 000 T. Im zweiten Quartal wurden 15 Schiffe mit 100 000 T. in den Dienst gestellt. Das dritte Quartal brachte eine weitere Zunahme von 22 Schiffen mit 140 000 T. Zu diesen sind für das letzte Vierteljahr 1921 noch 18 weitere Schiffe mit 80 000 T. Kapazität getreten, die in den letzten drei Monaten vom Stapel liefen und, wenn nicht besondere Störungen dazwischentreten, bis zum Jahresabschluss noch in Dienst gestellt werden.

Aus aller Welt.

Milde Richter fand vor der Essener Strafkammer ein ehemaliger Offiziersstellvertreter Franz Kause aus Essen, der sich wegen schwerer Mißhandlungen an kriegsgefangenen Landseuten zu verantworten hatte. In seiner Eigenschaft als Kompanieführer bei der Gefangenenskompanie 318 soll er sich an den jener Kompanie anvertrauten kriegsgefangenen Landseuten in der rohesten Weise vergrißen haben. In einem besonders trafen Falle wird er beschuldigt, einen kranken, schwächlichen Gefangenen, der sich in einem beschränkten Zustand befand, zur Arbeit gezwungen zu haben. Die Arbeitsstelle lag 10 Kilometer von dem Gefangenenslager entfernt. Der Gefangene wurde auf dem Wege zur Arbeit und während der Arbeit wiederholt von Schmachtsanknüpfen befallen. Als er eines Tages wiederum ohnmächtig zusammenbrach, wurde er ins Revier gebracht. Dort habe ihn der Angeklagte nach ausziehen lassen und ihm zwei Eimer kalten Wassers über den Kopf gegossen. In einem anderen Falle prägte er einen Gefangenen, der vor Schwäche bei der Arbeit umgefallen war. Beide Gefangenen sind hernach im Lager gestorben. In einem anderen Falle schnitt er einem Gefangenen mit dem Taschenmesser den verletzten Daumen auf. Ein englischer Arzt mußte schließlich den Daumen abnehmen. Da man nach der Meinung des Gerichts die meisten Mißhandlungen nicht „einwandfrei“ nachweisen konnte, erfolgte in einer Reihe von Fällen Freisprechung; in einem Falle wurde das Verfahren auf Grund der militärischen Amnesie eingestellt und in einem anderen Falle wurde er zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt.

Ein komisches Intermezzo auf der Anklagebank spielte sich anlässlich der Verhandlung eines Banknotenfälscher-Prozesses vor dem Schwurgericht des Landgerichts I in Berlin ab. Angeklagt wegen Münzverbrechens waren der Zeitungsverleger Koepfel und dessen Frau Monika A. Der Angeklagte A. war längere Zeit Besitzer der von seinem Vater erbten „Herzoglichen Hofbuchdruckerei Karl Koepfel“ in Sagan. Er geriet dann langsam auf die schiefe Ebene und kam schließlich auf den Gedanken, sei i Leben durch Anfertigung falscher Stadtstempelscheine von Bunslau, wo er zuletzt wohnte, zu freisetzen. Er wurde jedoch bald dabei abgefaßt und mit seiner Frau vor die Geschworenen gestellt, die beide zu je zwei Jahren Zuchthaus verurteilt. Später stellte es sich heraus, daß A. in einer entlegenen Biegeleirne bei Bunslau auch falsche Fälschungsstempelscheine angefertigt und diese dann in dortiger Gegend und auch in Berlin vertrieben hatte. Die Folge war eine Nachtragsanklage, die das Goldmünzgericht jetzt vor die Berliner Geschworenen führte. Koepfel, der schon früher gestand hatte, daß „man den Berliner Geschworenen sehr viel vormachen könne“, sagte dies jetzt auch vor Gericht in die Tat um, indem er den „wilden Mann“ spielte. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob die Mitangeklagte seine Frau sei, erklärte A. anfänglich, daß er „die Dame nicht kenne“. Seine Frau habe er sich aus dem Vober geholt, sei sie eine Böhmerin, die Herren Geschworenen möchten feststellen, ob „die Dame“ keine oder einen Fischschwanz habe. Wenn sie einen Fischschwanz habe, sei es seine Frau. Auf gütliches Zureden des Vorsitzenden gab A. schließlich diesen Unfuss auf. Auf Grund der von den Verteidigern gestellten Entlastungsanträge kamen die Geschworenen und das Gericht zu einer milden Auffassung, da die Angeklagten in Not gehandelt hatten. Das Urteil lautete auf je 4 Monate Zuchthaus zuzüglich.

Ein Grenzwickel. Der Pariser „Matin“ schreibt angeblich offiziell: Der Soldat Liebenhardt, ein Elßässer, ging in Begleitung eines jüngeren Bruders aus den Wäsen bei Schellenhard an der Pfälzer Grenze spazieren und wurde nur wenige Meter von der Grenze zweimal angehalten. Da die Wäsen an dieser Stelle einen ziemlich starken und lauten Strom hat, hörten die beiden Brüder den Ruf nicht, worauf ein deutscher Zollbeamter einige Pistolenschüsse abgab, die den Liebenhardt trafen, der dann auf französischem Boden niederfiel. Der Getroffene hatte ein Paket Lapeten bei sich, deren Ausfuhr aus Deutschland nicht verboten ist, daß aber den Anzeichen von Schmuggelware erwecken mußte.

Zurück zur Pferdepott. Die Sowjetregierung ist, wie die Moskauer „Pravda“ meldet, durch die katastrophale Einschränkung des Eisenbahnverkehrs gezwungen worden, die Beförderung von Postsendungen durch den Pferdetransport zu organisieren.

12

Neueröffnung!

E. Homeyer's

Pariser und Wiener
Mode-Atelier

am Holzmarkt
Altstädtischer Graben 111

Telefon 1827

Anfertigung eleganter Straßen- und Gesellschafts-Toiletten

Pariser Wäsche

Solide Preise.

Prompte Bedienung.

Stadttheater Danzig.

Direktion: Rudolf Schaper.
Montag, den 31. Oktober, abends 7 Uhr:
Dauerkarten D 2.

Die Jüdin

Große Oper in 5 Akten von Scribe. Musik von
J. F. Halévy. In Szene gesetzt von Oberregisseur
Julius Brückner. Musikalische Leitung: Otto Selberg.
Inspektion: Otto Friedrich.

Personen wie bekannt. Ende gegen 10 1/2 Uhr.

Dienstag, abends 7 Uhr: Dauerkarte E 2. Jar und
Himmelmantel. Komische Oper.

Mittwoch, abends 7 Uhr: Dauerkarten A 1. Zum
1. Male: „Das Wunderschöne Mädchen“. Ro-
mante in vier Akten von Oskar Wilde.

Donnerstag, abends 7 Uhr: Dauerkarten B 1. Er-
höhte Preise. Erstes Gastspiel Alois Wohl-
gemuth vom Nationaltheater in München. Neu
einführt. „Der Geizige“. Lustspiel in fünf
Akten von Molière. (Hauptrolle: Alois Wohl-
gemuth als Gast.)

Freitag, abends 7 Uhr: Dauerkarten C 1. „Ranon,
die Wirtin vom goldenen Samt.“ Operette.

Sonntag, abends 7 Uhr: Dauerkarten D 1. Er-
höhte Preise. Lehtes Gastspiel Alois Wohlgemuth.
„Der Geizige“. Lustspiel.

Sonntag, vormittags 11 Uhr: Siebente (literarische)
Morgensfeier. Alois Wohlgemuth: „Fabeln
und Balladen“.

Wilhelm-Theater

vereinigt mit dem Stadttheater Zoppot, Dir. Otto Normann

Heute, Montag, den 31. Oktober,

abends 7 1/2 Uhr

Kasseneröffnung 6 Uhr.

„Die Tanzgräfin“

Operette in 3 Akten. Musik von Rob. Stolz.

Dienstag: Stieberitz-Konzert.

Mittwoch: „Die Tanzgräfin“.

Vorverkauf im Warenhaus (Gbr. Freyhaus, Kohlenmarkt,
von 10 bis 4 Uhr täglich und Sonntag von 10 bis 12 Uhr
an der Theaterkasse. 5245

„Libelle“

Täglich: Musik, Gesang, Tanz

Sozialdemokratischer Verein Danzig-Stadt

Am Mittwoch, den 2. November, abends 7 Uhr,
in der Aula, Heilige Geistgasse 111

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Abrechnung.
2. Stellungnahme zum Parteitag und Wahl der
Delegierten.
3. Vortrag des Genossen Alchowski: Kranken-
kassenwahlen.
4. Zuwahl zum Jugendauschuss.
5. Verschiedenes.

Zahlreicher Besuch wird erwartet.

5464

Der Vorstand.

Der Löwe des Tages!



Laufburschen

heißt ein
Exped. Danziger Volksstimme
Am Spandhaus 8.

Pa. ostpr. Preßtorf

höchste Heizkraft

Trockenes, gesundes und ofenfertiges

Brennholz

Eintragungen in die Kundenliste zur Belieferung mit

Kohlen etc.

erfolgen im Kontor

Poggendorf 95 und Schuppen Karrenwegplatz.

Klingbell & Co.,

Kohlenhandlung.

(5235)

Achtung!

Da der Parteitag am
5. November beginnt, treffen
die Delegierten vom Lande
schon am Sonnabend hier
ein. Die Parteileitung be-
darf der Mithilfe der Ge-
nossen, um die Delegierten
unterbringen zu können.
Parteigenossen, welche für
eine Nacht einem Delegier-
ten Schlafgelegenheit ge-
währen können, wollen ihre
Adresse im Büro abgeben.
Vorstand der Sez. Partei
Danzig.

J. A. W. Kieß.



Zuschneide-Schule

für Damen-, Herren- und Wäsche-Schneider

Leistungskurse

Weltruf!

Leichtföhllich, sicherstes System für

jeden Körperbau ohne Hilfsmittel.

Einziges Zuschneide-Schule des Ostens

für Schneiderei und Wäsche.

Dir. Ed. Lippke, Langgasse 38 I.

Perntel 1234



Kleide dich billig, elegant!

im Leihhaus Mülkannengasse 15, 1 Treppe.

Jackett- und Sport-
Anzüge, Cutaways,
gute Stoffe, elegante Paftorm,
billige Preise. (4170)
Keine Lombardwaren.

Heft 4 der
Danziger Blossen
ist soeben erschienen!
Buchhandlung Volkswacht

Der neue Senator

der alle
Parteien zufriedensetzt,
ist der
Edellikör



Als feinsten Diplomat
im Danziger Freien Staat
Wirkt er nach seinem Willen
Für's Inn're ganz im stillen,
Für Frieden und für Fröhlichkeit
Am Stammtisch und wo sonst herrscht Streit
Und macht er oft die Rund,
Klingt's Lob von Mund zu Mund!
Bezaubert ist dann Zung' und Gaum'
Vom „Senator“ aus dem „Palmenbaum“.

(5407)

Bernhard Müller

Likörfabrik „Zum Palmenbaum“

Pfefferstadt 19-21 **DANZIG** Gegründet 1839

Verlangen Sie „Senator“ in Kolonial- und
Delikateswarengeschäften, Restaurants, Hotels usw.

Wir empfehlen folgende

Kleine Flugschriften der Monistischen Bibliothek:

Das Wesen des Monismus	1.20
Monismus und Religion	1.20
Die freie Wahrheit	1.20
Religionsunterricht oder Moralunterricht?	1.20
Monismus und Klerikalismus	1.20
Die Entwicklung der Erde	1.20
Der Mensch und das Weltall	1.20
Ueberblick über die Geschichte der Ab- stammungskämpfe mit der Schöpfungsgeschichte	1.20
Die Abstammungslehre	1.20
Der Bau des Menschen als Zeugnis für seine Vergangenheit	1.20
Der Ursprung des Lebens	1.20
Die Entwicklung von Pflanze und Tier	1.20
Lebensbeherrschung	1.20
Dualistische und monistische Welt- anschauung	1.20
Wahlzeugung	2.40
Anfänge des Glaubens und heidnische Grundlagen des Christentums	1.20
Kann der Monismus eine Religion genannt werden?	2.40
Wenn es keinen Gott gibt, was dann?	1.20

Buchhandlung Volkswacht
Am Spandhaus 6 und Paradiesgasse 32.

Kleine Anzeigen

in unserer Zeitung sind
billig und erfolgreich.

Volkshilfe

Bewerkschaftlich-Genossen-
schaftliche Versicherungen
Aktiengesellschaft
Günstige Tarife für
Erwachsene und Kinder.
Ankunft in den Bureaus
der Arbeiterorganisationen
und von der
Rechnungsstelle 16 Danzig
Bruno Schmidt,
Mattenbuben 35.

Nähmaschinen-
reparaturen rasch u. billig.
Bernstein u. Comp.
Langgasse 50. 5126

Schw. Spazierstock
auf dem Wege von der
Fleischergasse nach Baiton
Wolf verloren. Gegen Be-
lohnung abzugeben (f
Baiton Wolf 2.

in trockenes
ofenfertiges
Stubbenholz
Eiche, Buche, Zentner
13,50 ab Lager Alt-
Schottland 1/2. 5465
Wilhelm Prillwitz.
Telefon 2530.